

20.03.02

Antrag

des Freistaates Bayern

**Entschließung des Bundesrates zur Ausschöpfung des
rechtlichen Entscheidungsspielraums im Pflanzenschutzrecht
durch die Bundesregierung**

Der Bayerische Ministerpräsident

München, den 20. März 2002

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Regierenden Bürgermeister
Klaus Wowereit

Sehr geehrter Herr Prsident!

Gemäß dem Beschluss der Bayerischen Staatsregierung übermittle ich die in der
Anlage beigefügte

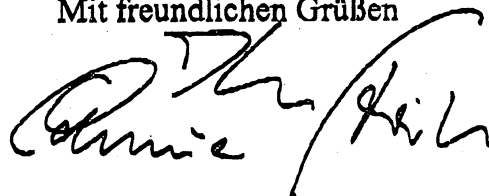
Entschließung des Bundesrates zur Ausschöpfung des rechtlichen
Entscheidungsspielraums im Pflanzenschutzrecht durch die Bundesregierung

mit dem Antrag, dass der Bundesrat diese fassen möge.

Ich bitte, die Entschließung auf die Tagesordnung der 774. Sitzung am 22. März
2002 zu setzen.

Es wird sofortige Sachentscheidung beantragt.

Mit freundlichen Gren



Entschließung des Bundesrates zur Ausschöpfung des rechtlichen Entscheidungsspielraums im Pflanzenschutzrecht durch die Bundesregierung

Der Bundesrat weist auf die einseitige Verschlechterung der Rahmenbedingungen für die deutschen Landwirte hin, die aus einer im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten der EU besonders restriktiven Zulassungspraxis bei Pflanzenschutzmitteln resultieren. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, alle Entscheidungsspielräume auszuschöpfen, um die bestehenden Wettbewerbsnachteile der deutschen Landwirte zu verringern.

Des Weiteren fordert der Bundesrat die Bundesregierung auf, zum Pflanzenschutzgesetz umgehend zu beantworten,

- welche Möglichkeiten die Bundesregierung neben § 37 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes (LMBG) vorsieht , vorläufige Rückstandshöchstmengen in Verbindung mit einer Zulassung oder Genehmigung nach § 18 a und § 18 b des Pflanzenschutzgesetzes zu nutzen,
- welche rechtliche Lösung die Bundesregierung in der Übergangszeit von Vegetationsbeginn 2002 bis zum Inkrafttreten der Siebten Verordnung zur Änderung der Rückstands-Hchstmengenverordnung vorschlägt (siehe Beschluss vom 01.03.2002, BR-Drs. 140/02) und
- inwieweit die mit den Genehmigungen nach § 37 LMBG verbundenen Verpflichtungen nach dem Inkrafttreten der Siebten Verordnung zur Änderung der Rückstands-Hchstmengenverordnung noch Gültigkeit behalten.

Die Fragen liegen der Bundesregierung bereits vor. Die Beantwortung der Fragen erlaubt keinen weiteren Aufschub mehr.

Begründung:

Die schwierige Situation bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln hat sich für die Betriebe im Bereich der Sonderkulturen, insbesondere im Obst- und Gemüsebau, kaum verbessert.

Trotz mehrere Bundesratsentschlüssen, Beschlüsse der Agrarministerkonferenzen und einzelner Anregungen der Länder wurden von der Bundesregierung bisher keine praktikablen Lösungen aufgezeigt.

